

WG: Forderungspapier der Initiativen von Rosenheim - München

Von: |

Gesendet: Montag, 15. März 2021 18:52

An:

Betreff: Forderungspapier der Initiativen von Rosenheim - München

Sehr geehrter Herr Ziegler,

in den letzten Tagen haben wir, auch in Vorbereitung des Dialogforums, auf der Seite der Initiativen viel Zeit darauf verwandt, eine Verständigung auf 3 Kernforderungen zu bewerkstelligen. Das hat soweit gut geklappt und deswegen haben wir es auch direkt nieder geschrieben. Es sind die die Forderungen nach

- Einer einheitlichen Planungsgrundlage des gesamten Nordzulaufes des Brennerbasistunnels BBT von Kiefersfelden – bis nach München.

Auf der Strecke Grenze Österreich – Rosenheim sind durch das stattgefundene Raumordnungsverfahren der Reg. von Oberbayern die hohen Zahlen ausgehend vom Auslegungsfall mit 484 Zügen p.T. am BBT und dem dadurch abgeleiteten Bemessungsfall mit 400 Züge p.T. für das Inntal bestätigt. Die gleiche Planungsgrundlage muss auch für die Strecke Rosenheim- München ihre Gültigkeit haben und nicht die veralteten und nicht zukunftsfesten Zahlen des BVWP 2030.

- Lärmschutz

Die Forderung bedeutet, Lärmschutz an der gesamten Bestandsstrecke nach Neubaustandard. Hier hatte dankenswerter Weise der BA 15 diese Forderung schon 2019 sich zu eigen gemacht. Wir wären mit diesem Thema ja auch ab der Stadtgrenze bis zum Moosfeld tangiert. Die anstehenden Abschnitte der Wohnbebauung (5. Bauabschnitt/ SZ Artikel) entlang der Gleise ab dem Rappenweg und ab der Schmuckerweg- Brücke auf beiden Seiten des Gleiskörpers würden davon positiv partizipieren.

- Ostkorridor

Die Strecke von Rosenheim über Mühldorf nach Landshut/ Regensburg muss Bestandteil einer zukunftsfesten Planung der Verkehrsströme werden und zur Entlastung des Knoten München nach dem Ausbau der transeuropäischen Strecken beitragen.

Diese Einigung war an sich kein Selbstläufer, denn die Position der Initiativen aus dem Inntal mit ihrer Ablehnung eines , auch u.U. untertunnelten Neubaus der Strecke und gegen die höheren Verkehrsprognosen, hat auch Stimmen zu einer vollkommenen Ablehnung der Strecke gebracht. Wir, aus den Initiativen halten aber eine solche Position für aus der Welt gefallen und nicht zielführend. Von dringend notwendigen Umsetzung einer Verkehrswende als ein Stellhebel gegen den Klimawandel einmal ganz abgesehen. Deswegen freut es mich, dass wir den inhaltlichen Konsens entlang der Strecke erreicht haben. So wie ich heute bei Ihnen, werben auch die anderen Mitstreiter der verschiedenen Arbeitskreise/ Arbeitsgruppen bei Ihren Mandatsträgern in den Kommunen und dem Landrat von Ebersberg darum, dieses Papier mit zu unterstützen. Der MdB Andreas Lenz (Erding/Ebersberg) hat schon einen Termin beim BM Scheuer angekündigt bei dem auch unsere Positionen dem Minister dargelegt werden sollen. Je mehr gemeinsame Unterstützung dies dann erfährt, um so mehr wird es vielleicht auch im BMVI wahrgenommen. Der Bezirk Trudering -Riem ist die größte „ Gemeinde“ entlang der Strecke und deswegen würde es mich freuen wenn Sie dabei wären.

Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Viele Grüße

März 2021

Forderungen zum Gesundheitsschutz der Anwohner*innen am Brennerbasistunnel (BBT)-Nordzulauf von Rosenheim bis München-Johanneskirchen.

Der Brennerbasistunnel soll Teil der angestrebten Verkehrswende mit der einhergehenden Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene werden. Mit seiner Eröffnung steigen allerdings die möglichen Kapazitäten des Alpentransitverkehrs. Hinzu kommen die Verkehre der jeweiligen Zuläufe. Diese Kombination wird zu erheblich erhöhten Lärmbelastungen für die Bürger und Gemeinden entlang der gesamten Strecke vom Knoten München bis zur Grenze führen! Die Menschen am Nordzulauf des BBT zwischen Rosenheim und München dürfen nicht die Verlierer der notwendigen Verkehrswende werden. Der Schutz der Anwohner*innen und der Kommunen am Nordzulauf des BBT muss auch für die Zukunft unabdingbar gewährleistet werden!

Hierzu bedarf es zwingend:

Einheitliche Planung auf Grundlage internationaler Vereinbarungen

Wie beim Bau des BBT muss auch beim Ausbau des BBT-Nordzulaufs die geforderte Steigerung der Streckenkapazität die Grundlage der Planungen darstellen. Daher muss der in multinationalen Verträgen und in EU-Vereinbarungen für den BBT festgelegte Auslegungsfall von 484 Zügen pro Tag, mit dem davon abgeleiteten Bemessungsfall von 400 Zügen pro Tag, für den gesamten BBT-Nordzulauf die Rechtsgrundlage sein und im Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben werden. Dieser Bemessungsfall muss bereits heute für die DB Netz AG entlang des gesamten BBT-Nordzulaufs als Grundlage für weitere Berechnungen/ Planungen gelten, sowie für wesentliche Entscheidungen wie die Nutzungsänderung bestehender „besonderer S-Bahngleise“ und Lärmschutz herangezogen werden. Bestandteil einer zukunftsfesten Planungsgrundlage muss ebenfalls eine Neubewertung des ÖPNV in der Metropolregion München incl. dem fortschreitenden Ausbau und der höheren Auslastung des S-Bahnnetzes sein. Die derzeitige Verwendung veralteter, z.T. von der Realität längst widerlegter Prognosen ist nicht weiter vertretbar.

Lärmschutz

Die Forderung der Anwohner*innen des BBT-Nordzulaufes ab Rosenheim bis München ist daher, die Vorhabenträgerin DB Netz AG sofort mit der Planung von aktiven Lärmschutzmaßnahmen nach Neubaustandard zu beauftragen und diese zwingend umzusetzen, bevor es durch die gewollte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und durch die Inbetriebnahme des BBT zu steigenden, aus Sicht der Bürger*innen unzumutbaren Belastungen entlang des BBT-Nordzulaufes kommt.

Wir stützen unsere Forderung auf die bereits entschiedene und geplante Einführung des European Train Control Systems (ETCS) mit dem Ziel der massiven Erhöhung der planerisch gewollten Leistungsfähigkeit der Gleisanlage. Damit sehen wir die Notwendigkeit von Lärmschutz nach Neubaustandard lt. 16ter BImSchV gegeben.

Dabei muss der Lärmschutz gleichzeitig mit der Errichtung von ETCS verwirklicht werden. Eine Umsetzung der Planungszahlen aus dem Inntal bedeutet eine Verdoppelung der Zugbewegungen mit schnelleren, längeren Personen- wie Güterzügen. Dies heißt, "alle drei Minuten ein Zug durch dicht bewohnte Gebiete!"

Die daraus resultierende, extrem erhöhte und länger andauernde Lärmbelastung besonders nachts kann die betroffenen Bürger*innen von der sinnvollen Maßnahme „von der Straße auf die Schiene“ ohne einen aktiven Lärmschutz höchsten Standards keinesfalls überzeugen.

Ostkorridor

Wir sind der Meinung, dass für eine zukunftssichere Gesamtplanung auch der sogenannte Ostkorridor Rosenheim- Mühldorf mit in die Planung aufgenommen und realisiert werden muss. Der BBT-Nordzulauf wird langfristig trotz Neubau von zwei Gleisen von Großkarolinenfeld nach Grafing und der geplanten Einbeziehung der "besonderen" S-Bahngleise in den abzuwickelnden Mischverkehr von Grafing bis München überlastet sein. Dies hat die vom Bundesministerium für Verkehr u. digitale Infrastruktur (BMVI) in Auftrag gegebene Trimode-Studie 2019 auch zum Ausdruck gebracht. Dementsprechend muss bereits bei der Planung der Umfahrung von Rosenheim eine zukünftige Anbindung an den Ostkorridor nach Mühldorf mitbedacht werden.

Fazit:

Wir fordern vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, von der Bayerischen Staatsregierung und der Vorhabenträgerin DB Netz AG:

- eine einheitliche Planungsgrundlage entlang des gesamten BBT-Nordzulaufs auf Basis internationaler Vereinbarungen
- aktiven Lärmschutz nach Neubaustandard auf der Bestandsstrecke, spätestens mit der Einführung von ETCS
- Aufnahme des Ostkorridors Rosenheim – Mühldorf in die Planung und dessen Umsetzung

Gemeinsam formuliert und gezeichnet durch:

Bürgerinitiative f. Bahntunnel Zamdorf -Johanneskirchen e.V.
AnwohnerTDKS (Truderinger-Daglfinger Kurve u. Truderinger Spange) München-Trudering
AK Mobilitätswende Agenda21-Vaterstetten
AG Bahnlärm des Zornedinger Gemeinderates
AK-Bahnlärm Kirchseeon
AK Bahnlärm Grafing
AK Bahnlärm Aßling

Unterstützt durch:

Leonhard Spitzauer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten
Piet Mayr, 1. Bürgermeister der Gemeinde Zorneding
Jan Paepow, 1. Bürgermeister der Gemeinde Kirchseeon